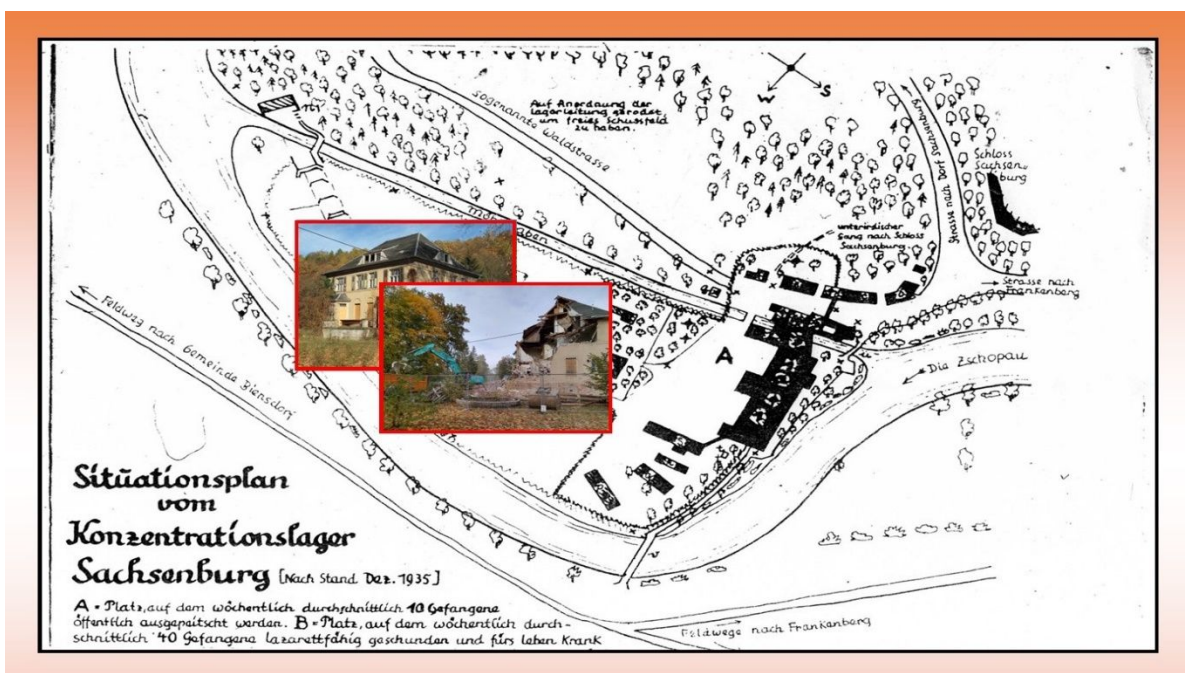




ERINNERUNGS – DRAMA SACHSENBURG FORTSETZUNG

Ein Haus wird abgerissen, dass faschistische Kommandanten des KZ Sachsenburg beherbergten, die neue Foltermethoden ersannen und Mörder für Konzentrationslager in ganz Deutschland ausbildeten.

Unzählige Proteste von Bürgerinnen und Bürger, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und ein offener Brief an den sächsischen Ministerpräsidenten sind ungehört verhallt. Es zeigt auch, wie das sächsische Gedenkstättengesetz bei ideologisch und fiskalisch vorgeschobenen "Sachzwängen" weiter unterminiert wird.



Abriss löst Empörung aus

Den nachfolgend veröffentlichte **Offenen Brief** haben auch erhalten: Bundespräsidialamt, Staatskanzlei Sachsen, Redaktionen von ndDER TAG, Junge Welt, Freie Presse, MDR, Rotfuchs, Rote Fahne, Unsere Zeit, ISOR, GBM, GRH, Freunde der spanischen Republik sowie Chemnitz VVN-Bd A, sLAG und Einzelpersonen

Offener Brief

Mit dem Abrissbagger gegen antifaschistische Erinnerungskultur

Am Ende eines langen Kampfes für eine würdige Gedenkstätte des antifaschistischen Widerstandes bei Frankenberg/Sachsen rollen die Bagger und ebenen die KZ-Kommandantenvilla in Sachsenburg ein. Eine der ersten KZ in Deutschland und prägenden Ausbildungsstätte ungezählter Mörder wird mit Beschluss der Stadt Frankenberg entkernt.

Der Oberbürgermeister, Herr Firmenich, Oberst der Bundeswehr a.D., und sein Stadtrat haben letztendlich mangels Unterstützung durch das Land Sachsen formal aus finanziellen Gründen den "Befehl" zum Abriss erteilt.

Bereits vor vielen Jahren forderten Justin Sonder, Erich Knorr, Siegfried Streubel, Antifaschisten, alle mit „Erfahrung“ in KZ Auschwitz, Flossenbürg, Sachsenhausen, faschistischen Zuchthäusern und Gefängnissen sowie Sondergerichten der Wehrmacht:

Hier muss Grundsätzliches besprochen werden. Wie hält es das Land, die Zivilgesellschaft mit einem würdigen Erinnern und Gedenken?

Und nun die niederschmetternde Antwort.

Im April 1992 erreichte sie die schlimme Nachricht, dass das Mahnmal am ehemaligen KZ Sachsenburg mit faschistischer Losung „*Verbrecher sollen Helden sein*“ beschmiert und Flugblätter der „Nationalsozialisten Front Bielefeld“ mit dem Text: „*Schluß mit dem Holocaust-Vorwürfen! Oder Deutscher, willst du ewig zahlen?*“ verbreitet wurden; im Gemeindeanzeiger die Bezeichnung *KZ Sachsenburg mit einem Fragezeichen* versehen war; in der Presse ein großer Leserbrief mit der fordernden Überschrift „*Arbeitsplätze statt Gedenkstätten*“ versehen wurde.

Dagegen haben geschichtsbewusste Männer und Frauen am Erinnerungsort Sachsenburg hingegen immer nach Kräften gearbeitet, um die Erinnerung wach zu halten. Doch dabei blieb lange das Gedenken in Sachsenburg, im Gegensatz zu anderen, nun politisch gewollten, Stätten der neueren sächsischen Geschichte (wie z.B. das Chemnitzer Kaßberg-Gefängnis) fast ohne jegliche finanzielle bzw. materielle Förderung durch den Freistaat.

Ungehört in Sachsen die **Entschließung des Europäischen Parlamentes** von 1993 „Zum europäischen und internationalen Schutz der Stätten der von den Nationalsozialisten errichteten Konzentrationslager als historische Mahnmale“. **Angenommen mit 328 Stimmen. Darunter die der Bundesrepublik Deutschland! Ein bloßes Lippenbekenntnis?** (Bei 4 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen)

Auch vielfältige und unterschiedliche Aktivitäten wie der Offene Brief an den sächsischen Ministerpräsidenten zum Erhalt der Kommandantenvilla durch VVN-BdA Chemnitz, Proteste der VVN-BdA Sachsen und der Lagerarbeitsgemeinschaft Sachsenburg, Pressebeiträge und der jüngst gestarteten Petition führten nicht dazu, dass die Politik im Freistaat Sachsen, vom Schicksal der Ermordeten und gequälten Insassen des Konzentrationslagers sichtbar ungerührt, eine verantwortungsbewusste Lösung weder angestrebt noch gefunden hat.

Bundespräsidenten Steinmeier in Auschwitz:

"Wir wissen, was geschehen ist, und müssen wissen, dass es wieder geschehen kann."

Das erfordert aber zwingend eine breit aufgestellte sowie vielfältige verbale, fassbare und anschauliche Erinnerungs- und Bildungsarbeit! Der Abriss eines antifaschistischen Gedenkortes konterkariert diese notwendigen Konsequenzen aus der Geschichte und leistet dem Erstarken rechten Gedankengutes und neuen Faschisten in unverantwortliche Weise Vorschub.

Erstunterzeichner:

Peter Blechschmidt, Raimon Brete, Margarete Feigel, Prof.em.Dr.-Ing.habil. Heinz Gläser, Wieland Händel, Wolfgang Heinrich, Dietrich Holz, Paul Jattke, Gabi Jung, Rosemarie Kathert, Dietmar Lehmann, Gerhard Miska, Siegfried Ramm, Claudia und Matthias Schwander, Lieselotte Schwander, Gerda Uhlmann, Dietmar Wendler, Renate Weinbrecht, Roland und Roswitha Winkler, Peter Giersich, VVN-BdA Vogtland.

Die Stadt Frankenberg erhielt Unterstützung vom Land. Die sächsische Kulturministerin Barbara Klepsch (CDU) hatte im Sommer bei MDR SACHSEN von einem "demokratischen und fachlichen Verfahren" gesprochen, dessen Ergebnis man respektieren müsse. – Es ist wieder eine Begegnung mit dem Zeitgeist

Auch der „Gnadenlos Kultur – Staatsministerin“ hier zu den Erinnerungen

Die ganze überregionale Tragweite der Vorgänge wollte und will wohl nicht erkannt werden. Auch 1992 begegneten den Antifaschisten im Dorf der Meinung: „Es war ja gar nicht so schlimm“. Der „Zeitgeist“, setzte so kurz nach der „Wende“, andere Prioritäten, oder wie **Justin Sonder** (Jahrgang 1925), damals sagte, *war es möglicherweise schon eine systematische Vernachlässigung, weil man glaubte in der neuen Zeit „Wichtigeres“ zu tun zu haben?*

Erich Knorr bemerkte damals: In dem dokumentierten Brief an den CDU-Herrn Landrat Schramm mussten wir jedenfalls beklagen, dass Monate vergingen, bis die faschistische Besudelung des Denkmals beseitigt wurde. Als dann endlich ein Gesprächstermin zum 3. Dezember 1992 zustande kam, delegierte bekanntlich der damalige Landrat einen Stellvertreter. Und der belehrte dabei: Heutzutage ist ein Landrat nicht mehr der staatliche Vertreter, wie es früher einmal der Fall war [...]. Der Landrat kann nicht die Stelle sein, die jetzt „die Geschichte richtigstellt“ noch jene, die etwas an die Schule geben könnte. Wir bitten also nicht zu hohe Erwartungen hinsichtlich Kultur und Politik an uns zu stellen. Insofern ist unser Einfluss sehr beschränkt.

Das Europaparlament

1. verlangt von seinen Mitgliedsstaaten, dem Rat und den Kommissionen, jede Initiative zu unterstützen, auch finanziell, um die Bedeutung der nazistischen Konzentrationslager in ihrer Besonderheit zu erhalten und unter europäischen und internationalen Schutz zu stellen;
2. wünscht, daß unter seiner Autorität alle Gesetze und Verordnungen überprüft werden, die auf Bekämpfung des Neonazismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit abzielen; besteht auf der Verpflichtung, alle Mittel anzuwenden, um alle Erscheinungsformen des Neonazismus ebenso zu bekämpfen, wie die, die die historischen Tatsachen der Menschenvernichtung in den Lagern abstreiten wollen.

Angenommen mit 328 Stimmen bei 4 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen

Arbeitsplätze statt Gedenkstätten

Zur Gedenkfeier für die Inassen des KZ Sachsenburg, die am vergangenen Samstag in der Gedenkstätte an der Zwirnerei stattfand, und zum einleitenden Artikel „Erinnerung an Widerstand gegen die Nazi-Herrschaft“ am 28. Mai.

Ganz ohne Zweifel gibt es heute viel Wichtigeres, als Mahnmal der Vergangenheit kostenaufwendig zu erneuern und zu erhalten, zumal uns diese Vergangenheit nicht wahrheitsgemäß mitteilt.

Es ist einfach lächerlich, daß 1989, 31 Jahre nach dem Ende des Sachsenburger Lagers, an diesem Ort eine Gedenkstätte errichtet wurde! Unter

omlager und hält keinem Vergleich mit den KZ von Buchenwald, Auschwitz oder Dachau stand. Hochspielen als KZ wollten es ausschließlich die SED-Funktionäre des Kreises Hainichen, um hier in dieser Region eine antifaschistische-Widerstands-Gedenkstätte zu schaffen, der Jugend als ideologisches Vorbild.

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinnschonend zu bearbeiten. Die Lesermeinungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Anonyme Zuschriften werden grundsätzlich nicht veröffentlicht.

Vergangenheit gar nichts hören. Interessiert an dieser Vergangenheit sind eigentlich nur die Genossen der „alten Garde“ (...)

... der Tat keine Wohltat. Nach diesem Vorwort kommunistischer Manier und Ideologie möchte man unwillkürlich diese Broschüre schließen beziehungsweise dem Kamin übergeben.

Wir sollte dieser Trend hinführen, wenn jedes Gefängnis, ob einst unter faschistischer oder kommunistischer

Finanzspritze rettet Weiterbau künftiger Käßberg-Gedenkstätte

Die Preissteigerungen infolge des Krieges in der Ukraine haben auch den Trügerischen Lerna- und Gedenkkort Käßberg Gefängnis voll erwischt. Dass nun die Stadt ausbleibt, heißt es nicht jedoch.

VON MICHAEL MÜLLER

Eine Gedenkstätte zur politischen Verfolgung in der NS-Zeit, nach 1945 und in die DDR, ist im ersten Schritt entstanden auf dem Gelände des ehemaligen Käßberg-Gefängnisses. Der lange Zeit sah es nach einer Funktionstüchtigkeit aus – sowohl mit Blick auf die Kosten als auch auf den Zeitplan. Doch seit Corona sind erst recht seit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine nicht mehr die Rahmenbedingungen für Bauarbeiten durch den russischen Präsidenten stabilisiert. Veranschlagte Kosten von 20 Prozent (und bis Juni 2022 in der DDR im kommenden Jahr mag es nicht mehr so recht stimmen. Wir gehen mittlerweile von einer Eröffnung im Herbst 2023 aus.

Im einstigen Käßberg Gefängnis soll eine Gedenkstätte entstehen. Bildung

haben sind große Teile der stützenden Baumaßnahmen bereits abgeschlossen. Doch weil sich im nächsten Jahr werden die 1980er Jahren die Beschäftigten für den Freizeitsport Gefängnis in der Straßensportplatz diente, fertiggestellt sein. In der Zusammenfassung soll dort der Festsitz vorangehen, ergänzt der Vernehmlich. Immerhin in finanzieller Hinsicht gibt es mittlerweile wieder Faktoren sollen unter dem russischen Staat, um die Kosten, dem vor allem mit Geld von Bund und Land wirtschaftlichen Trägerverein leisten können. Das Geld stammt aus Zuwendungen, die die Stadt zum Ausgleich für Folgen des Corona-Pandemie aus dem Bundeshaushalt. Auch die staatlichen Finanzmittel kann die Umgestaltung der Gedenkstätte durch den geplanten Professionsverein erhalten werden“, war Käßberg-Gedenkstättenleiter Dagmar Buschinsky von Zustimmung.

Ein Appell, der bei den in den Käßberg-Lagerzeit, hervorruft, die Arbeit des Gedenkforts ist wichtig und lebenswichtig, sagt Stadt

„Wir gehen mittlerweile von einer Eröffnung im Herbst kommenden Jahres aus.“

Jürgen Benz

Nirgends war die Dichte der, Frühen Konzentrationslager‘ mit 103 Lagern in 80 Städten höher als in Sachsen. Für dieses dunkle Vermächtnis sächsischer Geschichte gibt es

keinen zentralen Erinnerungs- und Bildungsort. Dabei kommt dem KZ Sachsenburg als einem der ersten Lager eine besondere Rolle zu. Es bildete die Grundlage für die späteren Konzentrations- und Vernichtungslager. Hier wurden SS-Wachmannschaften ausgebildet, welche ihr erlerntes Folterwissen u.a. nach Buchenwald und Sachsenhausen exportierten.“

Was hierzulande beim Erinnern geht und was nicht gehen soll

Zu: „Finanzspritze rettet Weiterbau künftiger Kaßberg – Gedenkstätten“ FP 17.10. 2022

Die Abrissentscheidung der Stadt Frankenberg setzt sich trotz eines beschlossenen Konzepts für eine neue Gedenkstätte zur Erinnerung an das KZ Sachsenburg auch über Fachleute wie Denkmalschützer, Historiker, Künstler und Ehrenamtler hinweg, auch über eine Petition und geht den Vorwurf eines „Vandalismus“ ein. (Denkmalpfleger und UNESCO Berater Professor Danzl)

*Im Rücken sollen die Abrissbefürworter 30.000 Euro aus genehmigten Corona-Mitteln des Freistaates Sachsen haben. Nun sind es erneut Zuwendungen des Freistaates zum Ausgleich für Folgen der Corona Pandemie, die dieses Mal für den Erhalt einer Gedenkstätte einspringen, eine Gefährdung des Eröffnungstermins der zukünftigen **Gedenkstätte auf dem Kaßberg** verhindern sollen.*

In einem FP Beitrag vom 22.05. 2022 (oben) schilderte der Vorsitzende des Trägervereins Hr. Renz die baulichen Herausforderungen aber auch historisch – inhaltliche Aufgaben, dass z.B. für die zukünftige Gedenkstätte die Auswahl von Häftlingsbiografien noch zu stemmen sei. Es gäbe Material, „in einer solchen Vielfalt, dass es nicht komplett zu zeigen sei.“ - sicher im Kontext mit der „Drehscheibe Häftlingsfreikauf“.

Was geschieht mit den Biografien der Häftlinge, denen keinerlei Möglichkeiten und Mittel zum „Freikauf“ aus der Hölle zur Verfügung standen? Sie waren rechtlos und standen dem NS-Apparat machtlos gegenüber. Deren makabrer Freikauf war die „Arisierung“, war die Enteignung und der Sturz in die Existenzlosigkeit. Andere wurden damit in den Tod getrieben. Was geschieht mit den anderen biografischen Schwerpunkten der NS - Zeit in unserer Stadt wie z.B. mit denen von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen, die auch im früheren Gefängnis inhaftiert waren, deren Aufenthalt in der Stadt nicht zu übersehen war.

Am vergangenen Montag war dazu im TIETZ eine aufschlussreiche Buchvorstellung zum Thema „NS – Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft“ (Publikation der Sächsischen Landeszentrale für politische Arbeit) zu erleben. Wer vertritt dauerhaft die Interessen dieser Opfer von Verbrechen an jenem geschichtsträchtigen Ort, an einem in Chemnitz einmaligen Ort?

*Wie wird politisch vermittelt, dass aus Erinnerung an derartige Verbrechen neue Orientierung gewonnen werden kann. (Aleda Assmann – Deutsche Buchpreisträgerin 2018). Das kann ich in derartigen Berichterstattungen leider kaum noch finden. Ist es so abwegig, dass es bei aller Wahrung demokratischer Grundsätze bei Stadtratsentscheidungen wie hier in diesen beiden Fällen im Umgang mit freigewordenen Corona-Mitteln doch eher um die Gunst von Teilen der Bevölkerung geht, die durch verschiedenen Pandemiemaßnahmen und Versäumnissen des „Einheitsprozesses“ enttäuscht und frustriert sind?
Peter Blechschmidt, Chemnitz-Kaßberg*